

Die Gemeinschaft der Handwerksorganisationen in Baden-Württemberg

Pressemitteilung 25.08.2023, Nr. 42

KRITIK AN AMPEL-PLÄNEN

Ausbildung braucht mehr Unterstützung, nicht weniger

Im Bundeshaushalt 2024 sollen die Fördermittel für die Berufsausbildung gekürzt werden. Der Entwurf der Ampelregierung sieht für die Überbetriebliche Lehrlingsunterweisung (ÜLU) fast 11 Millionen Euro weniger vor. Handwerk BW kritisiert diese Planungen, da sie die dringend benötigte Ausbildung von künftigen Fachkräften schwächen würde.

"Eigentlich ist allen Bürgern mehr denn je klar: Wir brauchen mehr Handwerkerinnen und Handwerker. Eine Kürzung der Förderung ist geradezu grotesk in diesen Zeiten. Um die Versorgung mit Berufsnachwuchs sicherzustellen, muss die ÜLU-Förderung auf dem bisherigen Niveau von 70 Millionen Euro zumindest verstetigt werden", fordert Handwerk BW-Präsident Rainer Reichhold.

Um bei allen Azubis aus allen Betrieben auch alle geforderten Lehrinhalte zu vermitteln, gibt es die Überbetriebliche Lehrlingsunterweisung. Sie ist für alle Auszubildenden verpflichtend und deckt Lehrinhalte ab, die im einzelnen Betrieb nicht oder nur unzureichend vermittelt werden können. Dabei geht es auch um technologische Neuerungen zum Beispiel im Bereich Klimaschutz oder Elektroautos. Die ÜLU fördert also die Transformation. Zuschüsse für die ÜLU kommen von Bund und Land. Zuletzt hatten mehrere Bundesländer die ÜLU sogar aufgestockt. Der Eigenanteil der Ausbildungsbetriebe wird dadurch reduziert. Auch aus dem Haushalt vieler Handwerkskammern fließen finanzielle Mittel zum Beispiel in die Ausstattung der Werkstätten und Schulungsräume.

"Gemeinsam mit der Politik müssen wir uns darum kümmern, dass die Bildungsstätten auch in Zukunft ihren wachsenden Aufgaben gerecht werden können und für junge Menschen attraktiv bleiben", so Reichhold. Dafür brauche es die ÜLU-Förderung als auch mehr Investitionsmittel für die Bildungsstätten. Hier erwarte das Handwerk auch von der Landesregierung einen deutlichen Aufwuchs der Haushaltsmittel, nachdem diese in diesem Jahr ebenfalls gekürzt wurden. Mehr Fachkräfte fordern und Ausbildung weniger fördern, passe nicht zusammen.

Der Bundeshaushalt wird nach der Sommerpause im Bundestag beraten. Handwerk BW erwarte von SPD, Grünen und FDP, die Kürzung der ÜLU-Mittel zurückzunehmen und appelliert vor allem an die Abgeordneten aus Baden-Württemberg, sich im Sinne der Handwerksbetriebe auch in ihren Wahlkreisen dafür einzusetzen.

HANDWERK BW vertritt die Interessen von rund 140.000 Handwerksbetrieben mit mehr als 800.000 Beschäftigten. Als Dachverband der Handwerksorganisationen in Baden-Württemberg bündelt HANDWERK BW die Arbeit von Handwerkskammern und Fachverbänden des Handwerks auf Landesebene und spricht mit einer Stimme gegenüber Politik und Öffentlichkeit. Mehr unter www.handwerk-bw.de.